

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und Illustriertes Unterhaltungsblatt. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik ufm. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die begehrteste Zeitungsstelle oder deren Raum 15 Pfg., die begehrteste Reklameseite 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe und unbedingte gesicherte oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beilagengebühr: 10.— Mtl. das Zahlen, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 81

Donnerstag, den 11. Juli 1929

31. Jahrg.

## Steuern.

Die für den Monat Juli fälligen Grundvermögens- (Grund- und Gebäudesteuern), Hauszins- und Stadtsteuern sowie die noch restlichen Schulgelber, Gewerbe- und Hundesteuern, Landwirtschaftskammerbeiträge, Rentenbankrenten, Viehschuldenbeiträge und Brandkastenbeiträge sind bis Dienstag, den 16. Juli bei unserer Kämmererei einzuzahlen.

Für alle nach dem 16. Juli eingehenden Beträge müssen 10 von Hundert Verzugszinsen erhoben werden.

Kemberg, den 9. Juli 1929.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Die kirchlichen Körperschaften haben am 25. Juni d. J. beschloffen:

Bei Erzeugnissen ist von Zuschauern ein Eintrittsgeld von 25 Pfennigen zu erheben. Eintrittskarten sind vorher beim Kirchener, Herrn Wotte, zu lösen. Der Erlös vom Eintrittsgeld soll zur Instandhaltung der Kirche verwendet werden. Dieser Beschluß tritt sofort in Kraft.

Kemberg, den 25. Juni 1929.

Der Gemeindefkirchenrat.

## Neues in Kürze.

- \* Die thüringische Regierung hat einen Sparerlaß für die Staatsministerien herausgegeben, deren Nachahmung in anderen Ländern durchwegs begehrtenswert erscheint.
- \* Man gibt sich in Frankreich keinen Zweifel mehr darüber hin, daß Deutschland unter einer Kriegskolonisation durch die Regierungskonferenz auch Erhebung von Rheinland- und Saarfrage verbleibt.
- \* Im preussischen Landtag wurde das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl mit 243 gegen 172 Stimmen angenommen.
- \* Die englische Marine hat durch den Untergang des Unterseebootes B 4 einen schweren Verlust erlitten.
- \* Der Kaiserliche Senat, der auf den Oberkassationsantrag infolge eines Revolettentats verurteilt hatte, ist von den Geschworenen freigesprochen worden.

## Spizel und Bepispelke.

Schlaglichter aus dem Delow-Prozess.

Tausend gegen eins: im allgemeinen hat man angenommen, daß die Spionage ein typisches Kennzeichen für den Militarismus sei. Welcher Steuerzahler hat wohl bisher geglaubt, daß sein lauer verdientes Geld, das er dem Staat als Bürgerzins überlassen muß, auch zu Mägen verwandt wird, für die in einem modernen Kolonialstaat eigentlich die Grundlage fehlt. Im besondern hat man allerdings davon gehört, daß das Spionagewesen, das freilich heute zu einem Spizelwesen geworden ist, — da ist schon ein Unterschied — wieder einen ziemlich umfang angenommen hat. Der Delow-Prozess, der in diesen Tagen über die Büchse eines preussischen Gerätes geht, hat allerdings mehr enthüllt, als selbst Spektator anzunehmen geneigt waren.

Stehen da zwei Ruffen unter der Anklage der Dokumentenfälschung, des Betrugs. Zwei Zaristen, Orlow und Ramonowitsch. Beides russische Emigranten, die seit den Tagen des Umsturzes, des Zusammenbruchs des Zarenreiches ihre Heimat verlassen haben, und deren politisch logische Bedürfnisse nur in einer Richtung lauten, den Bolschewisten zu Leibe zu gehen. Aber dies Wollen ist nicht allein die Grundlage ihrer Betätigung. Man kennt diesen Typus, der nicht immer Emigrant zu sein braucht. Es gibt auch Emigranten des Berufs. Es ist kein Zufall, daß zu allen Zeiten das Spionagewesen zum größten Teil von gelehrteren Offizieren besetzt wurde.

Erkennungen, die nicht die Luft und vielleicht auch nicht die Kraft haben, sich in einem „bürgerlichen“ Beruf ein neues Leben aufzubauen. Kurzum, diese beiden angelegten Ruffen haben sich dem Spizeldienst, der Spionage und der Gegenespionage und all ihren Begleiterscheinungen ergeben. Sie haben nicht nur echte sondern wie festhält, auch falsche Dokumente herangebracht. Im wesentlichen falsche. Denn die Nachfrage nach „Dokumenten“ ist groß. Soviel Dokumente existieren in der ganzen Welt nicht, wie durch Spionage beschafft werden sollen. In diesem Mittel werden die Grenzen zwischen „pflichtgemäßem“, d. h. auftragsgemäßen Betrug und wirklichen Betrug leicht vermischt.

Das Unglück, oder wir sagen lieber das Glück, hat es gewollt, daß dieser Prozess von den Inneklanten zu

ihrer Entlastung auf ein spezifisch politisches Geleis geschoben worden ist, freilich in der Absicht, den Sowjets etwas anzuhängen. Ob der Beweis glücken wird für die Behauptung, daß amtliche Sowjetreise diese Zaristen, um sie unschädlich zu machen, in eine Falle gelockt und sich zu diesem Zweck ihrer Dienste bedient hätten, das ist noch fraglich, zwar unwahrscheinlich, in diesem Zusammenhang auch nebensächlich. Viel wichtigeres steht für uns, steht für das Deutsche Reich heute fest, daß nämlich dieselben Spione von deutschen Behörden in Spizeldienste gestellt worden sind. Nicht gegen irgendein Ausland, wenigstens nicht nur, sondern, und das ist das Ungeheuerliche, gegen deutsche Behörden, gegen Amtsstellen, gegen hohe Reichs- und Staatsfunktionäre. Der sogenannte Reichsminister für öffentliche Sicherheit — und doch ein Amt verpflichtet doch! — und seine Beamten haben ihre Eritzenberechtigung dadurch nachzuweisen gesucht, daß sie mit Hilfe dieser russischen Emigranten — mit wessen Hilfe wohl sonst noch? — hohe, deutsche Staatsbeamte überwacht haben! Den Staatssekretär der preussischen Regierung, Dr. Weismann, den hat man sich für das Geld der Steuerzahler unter die Lupe genommen. Ein Wunder nur, daß man nicht auch hier mit „Dokumenten“ an die Öffentlichkeit gekommen ist. Nun, dieses famose Reichsministeramt hat sich glücklich in seinen eigenen Mägen gefangen. Es hat sich, ohne es zu wollen, selbst bispelkelt und diese „Dokumente“ waren so echt, daß der Reichsinnenminister Severing unverzüglich die Auflösung dieses Kommissariats verfügen konnte.

Kragt sich, ob damit das unerträgliche Geschwür des Spizelwesens schon restlos beseitigt ist. Wohl kaum. Im Reichsministeramt sollen ähnliche Dinge, die mit Doppelpolitik nichts mehr zu tun haben, existieren. Noch ist eine Publikation nicht widerlegt, wonach ein Marineoffizier a. D. eine solche Spizelzentrale für besonders verdächtige Politiker eingerichtet habe, die sich z. B. Dr. Wirth aus Köln genannt habe. Es wäre dringend zu wünschen, daß die preussischen Behörden das Schweigegebot ihrer Beamten zum mindesten in allen den Fällen aufheben, wo durch die Aussagen dieser Informierten reines Licht in das Spizelwesen gebracht würde, das uns umgibt. Ein militärisch einwandfrei abgerichtetes Reich wie Deutschland hat es nicht nötig, große Spionagenzentralen zu unterhalten. Und wo man auf solche Spionage verzichtet kann, da kann auch das Spizelwesen nicht mehr gedeihen, und man läuft nicht Gefahr, eines Tages der Bepispelke zu sein. Dazu noch von land- und weisensfremden mehr als fragwürdigen Elementen.

## Ausgänge für die Regierungskonferenz.

Wie man sich den Verlauf der Tagung denkt.

— Berlin, 10. Juli.

Die Reichsregierung ist von der Anklage ausgegangen, daß bereits am 15. Juli in Berlin mit den Arbeitern vom Young-Plan in seiner Anlage 5 vorgesehenen Ausschüsse begonnen werden soll. Es handelt sich hierbei um die Ausschüsse, die u. a. über die Verwaltung der internationalen Bank, über die Anpassung des Young-Planes an die deutschen Verhältnisse, insbesondere was Reichsbank und Reichsbahn anlangt, Vorarbeiten ausarbeiten sollen.

Eine gewisse Schwierigkeit

ergab sich durch die in der Anlage 5 des Young-Planes enthaltene Bemerkung der Sachverständigen, daß die Regierungen grundsätzlich zum Young-Plan Stellung genommen haben müßten, bevor die Ausschüsse eingeleitet werden könnten. Diese von französischer Seite unterrichtete

Bestimmung des Young-Planes

wurde von deutscher Seite dahin ausgelegt, daß es sich bei dem Young-Plan letzten Endes um keine politische Bibel, sondern um die Empfehlungen privater Sachverständiger handele, die die Regierungen sehr wohl ändern könnten, daß aber auch eine

gemeinsame Zustimmung der Regierungen

bereits erfolgt sei durch die Verhandlungen in den Parlamenten Deutschlands, Frankreichs, Englands usw. Diese Auffassung hat auch in Paris überzeugt. Die Ausschüsse arbeiten und, wie man auf deutscher Seite hofft, ihre Aufgaben in dieser Zeit im wesentlichen erledigen können.

Den Verlauf der politischen Tagung

denkt man sich nun auf deutscher Seite etwa folgendermaßen: Am 5. August — gegen diesen Termin scheinen keinerlei Bedenken mehr vorhanden zu sein — würden die Vertreter der interessierten Mächte zusammenkommen.

Die Tagung würde in zwei Teile zerfallen:

der erste Teil soll der Aufstellung des Young-Planes gelten, der einen rein wirtschaftspolitischen Charakter hat. Zum ersten Teile der Verhandlungen der Tagung müßten alle diejenigen Mächte zugelassen werden, die an der Ausführung des Young-Planes interessiert seien, zum zweiten,

politischen Teil dagegen nur diejenigen Staaten, die ihrerseits an der Lösung der politischen Fragen ein Interesse hätten.

Die Sachverständigen,

die die politischen Hauptvertreter begleiten müßten, würden in den zahlreichen Ausschüssen und Unterausschüssen nach den ihnen erteilten Weisungen arbeiten.

Wenn sich die Vertreter in die Verhandlungen setzen würden, so würde es nach deutscher Auffassung wohl möglich sein, noch vor der Genfer Völkerbundstagung am 2. September an die Unterzeichnung des Vertrages zu kommen.

## Paris bleibt hartnäckig!

Der „Berühmungsanspruch“ soll bis 1935 ins Rheinland verbleiben!

— Paris, 9. Juli.

Ueber den Inhalt der neuen französischen Antwortnote an London verlaßt man sich auf die Rheinlandräumung vor allem von der Mobilisierung der deutschen Seid ab hängig machen werde. In französischen Kreisen wird man, daß wenn die Engländer Wiesbaden räumen würden, die englischen Truppen durch französische ersetzt werden dürften. Mit besonderem Nachdruck werde in der französischen Antwortnote darauf hingewiesen werden, daß der einseitige Festsetzungen und Berühmungsanspruch unter allen Umständen bis zum Jahre 1935 ins Rheinland zu verbleiben hätte. Die Behandlung der Saarfrage auf der kommenden politischen Konferenz werde mit der Begründung abgelehnt, daß diese Frage nur Deutschland und Frankreich angehe.

## Sehr nachahmenswertes Beispiel.

Ein thüringischer Sparerlaß.

— Weimar, 9. Juli.

Das thüringische Staatsministerium erläßt nachfolgende Mitteilung, die auch außerhalb Thüringens Interesse finden dürfte und wert ist, nachgeahmt zu werden:

Wie wichtig auf die für die gesamte Staatsverwaltung unerlässliche Einschränkung der Ausgaben das thüringische Staatsministerium zur Erparnis von Mitteln beschloffen, die Vertretung des Staatsministeriums und der Ministerien bei Tagungen, Einzelhörungen, Vereinstreffen, Kongressen, Ausschüssen und sonstigen Veranstaltungen durch Ministerialbeamte zu beschränken. Unter den Ministerien besteht Einverständnis darüber, daß eine Vertretung der Landesregierung oder eines Ministeriums nur für Tagungen usw., die von allgemeiner Bedeutung sind (Tagungen von Landesverbänden, Spitzensprechern usw.) in Frage kommen kann. Wenn daher künftig die thüringische Landesregierung bei Tagungen usw. weniger häufig als bisher durch eines ihrer Mitglieder oder einen Ministerialbeamten vertreten ist, so erklärt sich dies aus Sparmaßregeln, darf aber nicht etwa als ein Zeichen mangelnden Interesses oder gar als Ineffizienz gedeutet werden.

## Annahme des Konkordats.

Gleichzeitiger Vertrag mit der evangelischen Kirche abgelehnt.

— Berlin, 10. Juli.

Der preussische Landtag nahm den Vertrag mit dem Heiligen Stuhl in namentlicher Schlußabstimmung mit 243 gegen 172 Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei, der Nationalsozialisten, Kommunisten und Teilen der Deutschen Fraktion an.

Artikel 1 wurde in namentlicher Abstimmung in dritter Lesung mit 324 gegen 92 Stimmen der DVP, der Kommunisten, Nationalsozialisten und weiterer Abgeordneten aus den einzelnen Parteien angenommen. Zu Artikel 2 des Gesetzes wurde ein deutschnationaler Antrag, der fordernd, daß gleichzeitig mit dem vorliegenden Gesetz ein Vertrag mit den evangelischen Landeskirchen in Kraft treten soll, in namentlicher Abstimmung mit 295 gegen 127 Stimmen der Reichsparteien abgelehnt. Gleichfalls Ablehnung fand ein Antrag der Wirtschaftspartei, wonach das vorliegende Gesetz zugleich mit dem Gesetz zu dem Vertrage mit den evangelischen Landeskirchen, und zwar spätestens am 1. Januar 1930, in Kraft treten soll, in namentlicher Abstimmung mit 275 gegen 111 Stimmen der Reichsparteien. Artikel 2 selbst wurde jedoch ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 173 Stimmen der Opposition angenommen.

Der Entschließungsantrag des Ausschusses, der unverzüglich Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen zwecks Abschluß von Verträgen verlangt, wurde mit 231 gegen 60 Stimmen bei 109 Enthaltungen angenommen.

Zum Schluß wurde der kommunalistische Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium aus Anlaß der Vorlegung des Konkordatsvertrages mit 227 gegen 82 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Damit war die Konkordatsvorlage erledigt.



# Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 10. Juli 1929

## Reinfall . . .

Mit frohen Hoffnungen reiste man in die Ferien. Man war davon überzeugt, daß es herrliche Wetter, daß es schöne Tage, wunderbare Erholung geben werde. Man glaubte daran, daß man etwel Freunde haben werde und so ganz noch Herzenslust ausspannen könne. Aber weiß nicht jeder schon aus der Vergangenheit, daß das Wetter einen bösen Strich durch die schönsten Pläne und die besten Hoffnungen machen kann?

Wer überhaupt hat seine Ferien ungetrübt verleben können? Man liegt an die See oder ins Gebirge, und ein Regenstag folgt dem andern. Man wartete und hoffte, und man glaubte daran, daß der nächste Wetterbericht schönes Wetter künden werde. Aber die Hoffnungen wurden . . . zu Wasser. Es gibt viele, die trotzdem ihre Ferien hindurch aushalten und in den engen Wänden der Sommerfrühdenbebauung hocken und ihre lange Zeit tollverkauft oder sich in den Hotels, Restaurants, dort wo es Unterhaltungs gibt die Zeit vertreiben. Viele aber warten, und warten, und dann reist ihnen der Geduldsfaden, dann reisen sie heim. Zu Hause liegt man beim schiedlichen Wetter besser, legen sie. Gewiß haben sie recht, aber es kann vor kommen, daß gerade an dem Tage, da sie die heimatische Schwelle betreten, der Himmel ein anderes Gesicht zeigt und zu krausen beginnt. Das ist eine Tüde des Schicksals, die man in Kauf nehmen muß.

Jedenfalls sind auch in diesem Jahre viele, die am ersten Ferientage hinausziehen, um die Welt kennen zu lernen oder sich in der Stille zu erholen, wieder heimgekehrt. Man hört aus vielen Bädern, daß wieder Quartier zu haben ist. Vor zwei Wochen noch war aber alles nicht verkauft und der Nachzügler mußte sich mit einem absehbenden Bescheide begnügen. Jetzt werden die Pensionate und Hotels wieder. Das Bild auf den Bahnhöfen hat sich wesentlich gewandelt. Vor einigen Tagen noch sah man nur Abreisende. Heute kommen mit jedem Zuge die Heimkehrer, verdrossen und verärgert, und wundern sich über die, die gleichzeitig hinauswollen. Sie sind froh, wenn sie genug, diesen Dürftigen, den gleichen Reinfall zu würdigen.

Wie die Nüchlichkeit für Fahr- und Motorräder sein sollen. Mit dem 1. Juli d. J. ist die polizeiliche Vorschrift, monach jedes Fahrrad, sowie Motorräder mit einem Nüchlichkeit, sogen. Nüchtrahler versehen sein muß, in Kraft getreten. Dazu ist noch einmal in Erinnerung zu bringen, daß diese Nüchtrahler einen Abnahme-Prüfungstempel tragen müssen, worauf kein Einkauf zu achten ist. Ein gutes Nüchlichkeit muß ferner gegen Einflüsse, wie Staub und Nässe, gedichtet sein, damit keine vorzeitige Erblindung erfolgt. Man verlange daher beim Einkauf stets Nüchtrahler, deren Glaslinse auf einem Gummiring liegt, denn nur dadurch kann man die Gewähr, daß das Nüchlichkeit auf die Dauer seinem Zweck entspricht.

**Waisenverorgung bei Berufsausbildung** für die Zeit nach Vollendung des 18. Lebensjahres nach dem Reichsverorgungsgezet. Steht die verorgungsberechtigte Waite bei Vollendung des 18. Lebensjahres in der Ausbildung für einen Beruf, der später gegen Entgelt ausübt werden soll, z. B. in der Lehre oder betreibt sie noch eine Schule, Fachschule (Handelschule), Hochschule oder eine ähnliche Anstalt, um sich für die Ergriffung des Berufs erforderliche Vorbildung anzueignen, so kann die Waifenrente weiter bemilligt werden. Kann die Waite nachweisbar erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres die Mochit, zur Weiterbildung in dem bereits ergriffenen Beruf eine Fachschule oder ähnliche Anstalt zu besuchen, vorzuziehen, weil sie aus fichthaltigen Gründen, die außerhalb ihres Willens liegen, daran gehindert war (Krankheit, Schulüberfüllung, verpögter Kuriosbezug), so wird das Verorgungsgesetz die Weiterzahlung gleichfalls nicht verweigern. Berufsausbildung wird als vorliegend angesehen, wenn die schon erwähnten Ausbildungen die Arbeitsschaft der Waite ausschließen oder ganz überwiegend in Anspruch nehmen, z. B. die Ausbildung als Lehrling, Volontär, Kinderergänzer oder Krankenpfleger, nicht aber z. B. die Teilnahme an gelegentlichen Mal- oder Musikstunden. Will Vermeidung der Berufsausbildung wird die Zahlung eingestellt. Sie endet auch wenn die Waite das 21. Lebensjahr vollendet. Es empfiehlt sich, die Weiterzahlung rechtzeitig beim Verorgungsgesamt zu beantragen, etwa 2 Monate vor Vollendung des 18. Lebensjahres der Waite — Dann wird auch eine laufende Zahlung nicht unterbrochen. Die Hinterbliebenen haben auf diese Bezüge keinen Rechtsanspruch. Die Bemilligung erfolgt nach pflichtmäßiger Ermessen der Behörde bei wohlwollender Handhabung.

**Düben, 8. Juli.** Die Besucherzahl der großen Heimatveranstaltung, der Jahrtausender und des Parkfestes, wird bis Sonnabend auf etwa 30000 geschätzt. Das Heimatfest wurde gestern Sonntag mit einem Feuerwerk abgeschlossen. Eine zum Festen des Bürgerhospitalfonds veranstaltete Tombola brachte an den drei ersten Festtagen einen Reingewinn von 30000 Mark.

**Gallin, 9. Juli.** In voller geistiger und körperlicher Frische konnte gestern die Witwe Schmagier ihren 97. Geburtstag begehen. Sie ist die älteste Einwohnerin unseres Dorfes und kann noch ohne Brille ihrem erblindeten Sohne täglich die Zeitung vorlesen und hilft auch sonst tüchtig bei allen landwirtschaftlichen Arbeiten.

**Hitterfeld.** (Zunahme der Arbeitslosigkeit.) Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich gegenüber der Vormoche verschlechtert. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist infolge größerer Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen des Nahrungsmittel- und Genussmittelgewerbes und des Baugewerbes um über 10 Prozent gestiegen. Mit einer weiteren Zunahme in den nächsten vierzehn Tagen wird gerechnet werden, da die Bauarbeiten in Zichornen ihrer Vollendung entgegengehen.

**Gräditz b. Torgau.** Das Ende der Gräditzer Galbblutjagd stellte der Dienst von der Station Zichornau erfolgte Ultrasport von 53 Pferden, dem besten und kostbarsten Zugmaterial, daß das Gebiet noch vor seiner endgültigen Auflösung besaß, dar. Die wertvollen Tiere gehen nach dem staatlich preußischen Gestüt Dreieichen und werden dort weiter zur staatlichen Zucht benützt, während

die bisherigen Transporte an private Züchter durch öffentliche Versteigerung abgegeben worden sind. Nimmere ist Gräditz frei von Zuchtstiefen. Dieser Quarantanzustand dauert bis zum 1. Oktober 1930, wo die Vollblutjagd wieder aufgenommen werden wird.

**Deffau, 6. Juli.** Ein eigenartiger Unfall hat dem Arbeiter Walter Bunge das Leben gekostet. Ein Personenauto hatte am Freitag einen Reisenden nach Köthen gebracht und mit dem von dem Reisenden als Hilfe für den Gepäcktransport beigegebenen Mitfahrer, dem Arbeiter Bunge, über Quendow fort kommend, von dem Damag II her bis zum Niemannschen Platz gefahren, als das Auto eine Kesselpanne erlitt. Bunge war gemeinsam mit dem Chauffeur bei der Verleistung des Schadens beschäftigt. Bunge hielt die Winde, während der Chauffeur den Gepäckreisen loschaufte, als ein Umstratwagen mit Anhängern vorüberfuhr. Während der Motorwagen glatt vorbeifam, löste sich gerade auf der Höhe des Personennagens der Anhängerrahmen infolge schabhafter Kuppelung und fuhr zur Seite und auf den Personennagen auf, der etwa 3 Meter vorwärts getrieben wurde. Bunge wurde dabei mitgerissen, die Hände gingen ihm über die Brust, und er mußte in schwer verletztem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht werden, wo er nach wenigen Stunden verstarb. Er hinterließ Frau und Kind.

**Wfersleben.** (Eine Fliege verursacht einen Verkehrs-unfall.) Am Sonntag stieß auf der Landstraße Güthen—Wfersleben ein Radfahrer mit einem Personentransportwagen zusammen. Als der Kraftwagen den Radfahrer überholte, fiel dieser plötzlich vom Rade und wurde von dem Kraftwagen einige Meter mitgeschleift, ohne jedoch schwere Verletzungen zu erleiden. Der Radfahrer gab an, ihm sei eine Fliege ins Auge geflogen. Dadurch habe er die Gewalt über sein Rad verloren und sei gestürzt.

**Salle.** Der Lokomotive totgefahren. Die von Barmitz über die Saale führende Eisenbahnbrücke wird entgegen den bahnpolizeilichen Vorschriften oftmals von Passanten benützt, die nach Schlettau und anderen Orten über die Saale gelangen wollen. Ein etwa 7 Jahre alter Knabe, der im Beisein seines Vaters und einer Frau über die Brücke ging, wurde jetzt von der Lokomotive eines Zuges erfasst, etwa 50 Meter mitgeschleift und getötet. Der Schädel war vollständig zertrümmert.

**Leina.** Prämien beim Leunawerk. Das Ammoniakwerk Merseburg-Leunawerk der F. G. Farbenindustrie verteilt in diesem Jahre an seine Angestellten und Arbeiter als Prämie 12 Prozent ihres Jahresverdienstes, jedoch ist die Prämie beschränkt auf Einkommen bis 8000 Mark. Außerdem kommt noch eine Jahreszulage von 3 Mark je Arbeitsjahr zur Auszahlung. Die Prämie errechnet sich nach der Höhe der Dividende, die die F. G. Farbenindustrie zahlt: 10 Prozent Dividende gleich 1 Prozent Prämie. Da die Aktionäre 12 Prozent erhalten, wird den Arbeitern und Angestellten 12 Prozent ihres Jahresverdienstes gezahlt.

**Naumburg.** Jagdsteuer lohnt sich nicht. Wie in anderen Städten, so bereitet die Finanznot auch den Naumburger Stadtvätern große Sorgen. Um den Eichtitel einigermaßen aufzufüllen, greift man schließlich auch eine Jagdsteuer an. Wie in der letzten Stadtratsitzung berichtet wurde, hat jedoch die Jagdmuß in Naumburg nur einen ganz geringen Steuerertrag gebracht, weshalb der Magistrat beschloß, die Bestimmungen über die erhöhte Besteuerung von Jagdmuß wieder aufzuheben. Demgemäß beschloß notgedrungen auch die Stadtwortweitereversammlung.

**Malschen.** Der Fünftehnjährige mit dem Motorrad. Die sechsjährige Hildegard Bönke wurde von einem 15 Jahre alten Motorradfahrer überfahren. Das Kind erlitt erhebliche Verletzungen an den Beinen und mehrere Knochenbrüche. Es mußte in das Kreisstrafenhaus gebracht werden.

**Senzen.** Opfer des Erdölwindels. Die Sachstände im Kreis Göttingen, besonders der Wehe haben auch zahlreiche Schwimmbäder den Blick gerufen. Richtig wurde der Bornemannsche Hof in Bregelle zwangsversteigert, nachdem vorher der Pfälzische Hof in Bregelle unter dem Hammer gekommen war. Beide Höfe sind ein Opfer sogenannter „wilder“ Erdöl-Bohrgeellschaften bezw. deren Agenten geworden; denn die Wehler Höfe waren Versteigerungsgegenstände für sogenannte Versteigerer in beträchtlicher Höhe eingezogen. Im Kreise Nienburg wird deshalb vor dem Anbau von Versteigerern unbekannter Bohrgeellschaften gewarnt, denn diese haben häufig gar nicht die Absicht, nach Öl zu bohren, sondern ihre Agenten sind oft nur betriebl, recht viele Anteile an Versteigerungen zu verkaufen, um die ihnen zugesicherte Verkaufsprovision einzukassieren.

**Wulfis.** Großstadteinbrüche geben ein „Gala-Fest“. Bislang noch unbekanntes Later verließen einen Einbruch bei dem Agren- und Goldwarenhandler Carl Schulz. Sie drangen nachts in den Laden ein und räumten das Schaufenster aus. Ihre Beute bestand aus 90 Ringen, 72 Ringen und 36 Ketten. Auch die Ladenkasse wurde beraubt. Ein Polizeibeamter, der anfangs die Spur verfolgt hatte, verlor diese später. Man vermutet, daß Großstadteinbrüche die Tat verübt haben. Es wurde nämlich zur Zeit des Einbruchs in der Nähe des Geschäftes ein unbekanntes Auto beobachtet, das später in Richtung Seileberg davongefahren sein soll.

**Salsau.** Großes Aufräumen im Waldbrandgebiet. Mit den Aufräumungsarbeiten im Waldbrandgebiet am Dollberge ist begonnen worden. In Salsau sind die Versteigerungen eingeleitet worden. Die schlagenden Eichen werden nicht, wie es bisher üblich war, verbrannt, sondern nach Hamburg in eine Zellulosefabrik verladen. Während bisher den abräumenden Firmen je Hektar ein Zulufuß von 7500 gezahlt wurde, erhält er diesmal eine Entschädigung.

**Leipzig.** 20 000 Regler kommen! Für diesen Monat hat der Deutsche Reglerbund 20 000 Regler, sein größtes historisches Ereignis nach Leipzig getragen. Vom 18. bis 19. Juli wird hier das 17. Deutsche Bundesfest ausgetragen. Zu dem kommenden Bundesfesten, zu dem Regelsportbegeisterte aus der ganzen Welt nach Leipzig kommen, werden über 700 Regler erwartet. Es ist insgesamt mit einer Besucherzahl von 20 000 Reglern zu rechnen.

**Berga (Ester).** Einen originalen Unfall hatte ein Gärtnerbesitzer aus Döberitzendorf. Er entfernte von seinem Treibhaus, das im Sommer nicht benutzt wird, die Glasabdeckung und das Gefänge und ließ das Bassin voll Wasser laufen. So schuf er ein Schwimmbad, das bei einer Tiefe von 2 Metern, einer Länge von 20

Metern und einer Breite von 6 Metern 8 bis 10 Schwimmmern Platz bietet. Eine Brause liegt ebenfalls zur Verfügung.

**Wue.** Das alte Lied. Der fahrtilbiger Weich aus Albersdorf, der mit seinem Motorrad eine Ferienfahrt zu einem Freunde in Thüringen unternommen hatte, ließ auf der Heimfahrt mit einem Auto zusammen. Beide Insassen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus Jena eingeliefert, wo Weich kurz darauf starb, während der Freund in bedenklichem Zustande darüber liegt.

**Wohlfeld.** Um dem irdischen Räder zu entgehen . . . Ein beim Postamt beschäftigter Fernschreiber hat seit längerer Zeit Unterhaltungen durch Schließungen mit Spinalnervenmarken verübt und wurde neuerdings bei diesen Betrügereien ertrapt. Der ungetreue Beamte konnte jedoch dem Strafgericht nicht mehr zugeführt werden, da er sich kurz vor seiner Verhaftung entleibt hatte.

**Wadebeich.** Wiege wird veräuert. Die Stadtverordneten stimmten einem Antrag zur Steuererhöhung zu, wonach ab 1. Oktober eine Saksteuer eingeführt werden soll. Als Steuerlich wurde für die erste Rate 10 Mark, für die zweite 30 Mark und für jede weitere Rate das Doppelte des vorausgehenden Satzes beschlossen. Dieser Maßnahme liegt der Spug der heimischen Vogelwelt zu Grunde.

**Weimar.** Beide Hände weggerissen. Auf der oberen Weide der Allee trug sich ein furchtbarer Unfall zu. Teile der Straße wurden kurze Zeit nach Regen ausgehoben. Zwei angeleglich Besaucte der Holzgenfirma sollten nun eine Waize in Ordnung bringen. Dabei muß einer der beiden in eine Verbindungstiege geraten sein, denn er schrie plötzlich laut auf, so daß kein Kollege ihm zu Hilfe eile. Bei der Hilfeleistung geriet der zweite auch in die Tette. Beiden Männern wurden fast sämtliche Finger an beiden Händen abgerissen. Sals obnmächtigt vor Schmerz rannten sie in ein benachbartes Kaffee, wo ihnen die erste Hilfe zuteil wurde.

**Weimar.** In den unterirdischen Kanälen unterhergezt. Ein Straßengasant am Waisenwplatz beobachtete, wie durch einen Riß am Schließendepl ein Zettel mit der Aufsicht durchgehoben wurde: „Kettel nicht aus meiner Waize“. Durch Rißen vernahm er aus dem Inneren der Waize eine menschliche Stimme. Die sofort herbeigeeufene Polizei konnte zunächst nichts machen, da der Schließendepl nicht zu entfernen war. Erst die Feuerweh konnte Rettung bringen. Man holte einen fast ersöpften 19jährigen Mann aus dem Kanal hervor. Bei der Vernehmung gab er an, am frühzeitigen Morgen angetrunken in einen Schlenkeranal am Limbad eingestiegen und planlos darin gewandert zu sein. Da er sich nicht mehr infolge Dunkelheit verlor, sei er irgendwann an dem Deckel einer Einfließtiege emporgestiegen. Der Mann wurde ins Krankenhaus gebracht.

**Breslau.** Gesicht mit Verbrechen. In der Gegend von Sindenburg und Wilschütz kam es zu einem Zusammenstoß zwischen mehreren Beamten der oberbischlischen Landesstriminalpolizei und dem in Oberbischlitz geprüften Verbrechen Pauli Daxa, der, da er den Mord-Delict einer Einfließtiege emporgestiegen. Der Mann wurde ins Krankenhaus gebracht.

## Der Fall des Grafen Christian.

Unter psychiatrischer Beobachtung bei . . .

— Hirschberg, 9. Juli.

Graf Christian zu Stolberg-Berningerode, der der Tötung seines Vaters beschuldigt wird, ist jetzt unter ärztliche Beobachtung auf seinen Gefängnislauf gestellt worden. Da die Familie des verstorbenen Grafen das Schloß Jannowitz in den letzten Monaten verlassen hat, ist auf Wunsch der Mutter Graf Stolberg vom Pastor Bodelschwingh in der Anstalt Weisel bei Bielefeld aufgenommen worden.

Von der Oberstaatsanwaltschaft in Hirschberg ist der Direktor der Göttinger Personalklinik Geheimrat Professor Dr. Schulze mit der Abgabe eines Gutachtens über die geistige Verfassung des beschuldigten Grafen beauftragt worden. Professor Dr. Schulze ist eine große Autorität auf diesem Gebiete. Er ist der Leiter der Psychiatrischen Klinik an der Universität Göttingen. Sein Gutachten über den Geisteszustand des Massenmörders Saemann, den er nach mehrmonatiger Beobachtung zwar als minderwertig und infantil, aber doch für seine Taten voll verantwortlich bezeichnete, hat im Prozess berechtigtes Aufsehen erregt wegen der minutiösen Beobachtungen am Objekt und der außerordentlich klaren, vollendeten Formulierung der einzelnen Phasen der Untersuchung, die schließlich zu dem Urteil über den Geisteszustand des Angeklagten geführt haben.

Bisher hat Oberstaatsanwalt Engel die Verurteilung wegen Grafen Stalberg soweit gefördert, daß nur noch die Gutachten der Sachverständigen notwendig sind, um sie abzuschließen. Nur dem Eingange der Gutachten wird es abhängen, ob schon in den nächsten Wochen die Entscheidung der Staatsanwaltschaft fällt und zu welcher Entscheidung sie führt.

## Auch Frau Mosch verhaftet!

Ist sie an den Straftaten ihres Mannes mitbeteiligt?

— Erfurt, 9. Juli.

Die Frau des kürzlich in Kottbus wegen umfangreicher Betrügereien und falscher eidlicher Aussagen verurteilten „Bergwerksdirektors“ Otto Mosch ist unter dem Verdacht, an den Straftaten ihres Mannes beteiligt zu sein, in ihrer Wohnung in Ohrdruf verhaftet worden.

Wie sich immer mehr zu bestätigen scheint, reicht die Zahl der von Mosch begangenen Verbrechen ausreißungen nahezu an 9000 an. Mosch wird sich auch noch wegen Verleitung zum Meineid und Betrug verantworten müssen. Auch seine Ehegängerin in Acht in die Betrügereien verwickelt zu sein. Da die Angelegenheit noch weitere Kreise ziehen dürfte, wird wohl noch mit weiteren Verhaftungen zu rechnen sein.

„Bergwerksdirektor“ Mosch wurde 1874 in Ohrdruf geboren. Er erlernte das Schlosserhandwerk und besuchte später eine elektrotechnische Schule in Frankfurt a. M. Dann war er in Wulf in Anstalt als Elektrotechniker bei der Straßenbahn tätig. 1908 kam er nach Deutschland zurück und arbeitete als Ingenieur. Wenige Jahre später hat er als Vertreter des sächsischen Finanzministeriums Verhandlungen mit Westfalen über die Verletzung von Währungsrechten (Bergbau) geführt und hauptsächlich dabei einen verdient, der er bald über ein Vermögen von 2 bis 300 000 Mark verfügte.

**Bürgermarkt.**

**Wettermanns Monatshefte**, die Zeitschrift der Gebildeten — der geistig Begabten. Die Juli-Ausgabe bietet wiederum eine Fülle belehrender und unterhaltender Beiträge. Jede einzelne Seite ist interessant. Mit Spannung verfolgt man jede Erzählung. Das Bildmaterial ist wie immer erstklassig. Das Zeitgedicht mit der Fortsetzung von Max Dreyers neuem Roman „Der Weg durchs Feuer“, der außerordentlich fesselnd geleitet ist. Otto August Hüters ist mit dem Beitrag „Die neue Welt der Jungen“ vertreten, der die geistige Haltung der jungen Generation im Querschnitt durch Bücher ihrer Erzähler ergibt. Edo Voldmann plaudert in einem recht neuen Stil über den Raftensport, wobei die Ent-mischung von Zenitis, Golf usw. freizeit und im übrigen auch das Raftleben und alles, was damit zusammenhängt, recht malerisch schildert. Der Artikel „Gottin oder Geißin“, von Marie Piper, läßt uns in den näheren Verhältnis der jordanischen Frau und besonders in den Kampf zwischen Gottin und Geißin einen inter-essanten Einblick tun. Max Gysel befaßt sich mit den „Blender-

Wolfsbauten“. Otto von Zeigeb bringt die Novelle „Wette des Herrn Rejmen-Leng“.

Einen der wichtigsten Beiträge stellt der Aufsatz „Vereinerung menschlicher Kräfte“ von Dr. Hesse dar. „Reifenode und Reifemodus“, von Magalene Verall, Wien, bezieht sich ein mit fünf farbigen Bildern illustrierter Aufsatz, der eine recht interessante Gegenüberstellung der Reifen von früher und heute bringt. Ferner sind in dieser Heft noch drei Maler, Portretisten, mit dem Beitrag „Nähten“, Fromme mit „Neue schwedische Maler Schwedens“ und Dr. Rögiste mit „Aus der Geschichte des deutschen Männergesanges“ vertreten.

Die literarische Rundschau und das Kapitel von Kunst und Wissenschaft schließen das wiederum über hundert Seiten starke bunt-farbige Heft. Eine Neuerscheinung, die obhalb der Einführung ge-kommen ist, stellen die monatlichen geographischen Kartenbeilagen dar. Auf diese Weise erhält jeder Besucher von Wettermanns Monatsheften einen die ganze Welt umfassenden Atlas umsonst! Eine Sammelmappe zur Aufzeichnung liefert jede Buchhandlung zu einem ganz niedrigen Preis. Interessenten, die Wettermanns

Monatshefte noch nicht kennen, erhalten vom Verlag in Braun-schweig auf Wunsch gern ein Probeheft kostenlos. Für die Zu-sendung sind 30 Pfg. Porto mit einzulegen.

Der Verlag Herder in Freiburg teilt mit, daß eine Neu-ausgabe seines **Großen Konversations-Lexikons** in Arbeit ist. Diese Neuauflage werden alle gern erfahren, die Wert darauf legen, ein modernes, praktisches und in jeder Weise zuverlässiges Nach-schlagewerk zu erhalten.

**Leipziger Viehmarkt**, 8. Juli. Auftrieb: 827 Rinder, (davon 27 Ochsen, 269 Kühe, 378 Fähe), 390 Fäher, 99 Fähen, 879 Schafe, 2035 Schweine, zusammen 4192 Tiere. — Aufgeben von Fleischer dreht zugeführt: 17 Rinder, 12 Fäher, 12 Schafe, 550 Schweine. Es wurden folgende Lebendgewichtsbreite notiert: Ochsen 1.: 61—66, 2.: 55—60, 3.: 44—54, 4.: — Bullen 1.: 58—60 2.: 52—57, 3.: 45—51. — Fäher 1.: 55—58 2.: 42—51, 3.: 32—41, 4.: 28—33. — Fäher 1.: — 2.: 74—78 3.: 68—73, 4.: 60—67. — Schafe 1.: — 2.: 65—69, 3.: 55—63 Schweine 1.: 87—88, 2.: 88—89, 3.: 88—90, 4.: 87—89, 5.: 85—85

**Landwirte**

deckt den Bedarf an Arbeitskräften für die bevorstehende **Erntezeit** rechtzeitig. Es stehen dem

**Arbeitsamt Wittenberg**

auch in der **Meldestelle Kemberg**

eine Anzahl **Mäher** usw. zur Verfügung. Zum Aufgeben des Be-darfs genügt telef. Anruf „Kemberg 325“ oder persönliche Vorprache im Bürgeraal des Rathauses in Kemberg.

**Sprechzeiten: Montags, Mittwochs und Freitags** in der Zeit von 9—13 Uhr. An den übrigen Zeiten wollen Sie sich an das Arbeitsamt Wittenberg (Bez. Halle), Telefon 437/438, wenden

**38. Ziehung**

wieder zum August-Markt am

**21. August 1929**

**Zerbster Pferdemarkt - Lotterie**

**Vorzügliche Gewinnchancen**

Eröffnung der Gewinnausstellung **Sonnabend, den 17. August 1929**

**Lose Stück 3,— Mark**

Zu haben bei

**Richard Arnold, Kemberg**

Leipziger Straße 64/65

**Friedrich Reinecke, Kemberg**

**Obst-, Gemüse- und Kolonialwarengeschäft**  
Anhalterstraße 15. Fernsprech-Anschluß 356

empfiehlt täglich frisch

Blumenkohl | Kohlrabi | Kapfsalat  
Weißkohl | Möhren | Salat-Gurken  
Welschkohl | Schoten | gr. Stachelbeeren

**neue Kartoffeln, neue saure Gurken  
Erdbeeren Kirschen Tomaten**

**Kaufe jeden Posten Blaubeeren und Pilze**

**Miele-Fahrräder**



stellen das Vollkommenste und Beste dar, was es heute gibt. Wer ein Spezialrad kauft, hat in dem billigeren Preise nur einen scheinbaren Vorteil, denn:

„Es heißt sich Kopf nur das, was gut,  
Beim Einkauf mußt Du daran denken,  
Was Billigkeit sei auf der Hut,  
Es kann Dir niemand etwas schenken.“

Wer aber ein erstklassiges Fahrrad in der unübertroffenen Qualität des Miele-Rades kauft, muß zwar einen etwas höheren Preis bezahlen, hat aber dafür die Gewähe, daß Qualität und Preis in dem richtigen Ver-hältnis stehen. Alle „Miele“-Erzeugnisse zeichnen sich durch hohe Qualität und absolute Preiswürdigkeit aus.

**Mielewerke A.G. Gütersloh/Westfalen  
Fahrradfabrik in Bielefeld**  
zu beziehen durch die Fahrradhandlungen über 2000 Beamte und Arbeiter

Miele-Fabrikate sind stets bei **Artur Meier, Kemberg**, Dübenerstraße 9, zu haben.

**Anzeigen**

für die **Freitag-Nummer** werden bis spätestens

**Freitag vorm. 9 Uhr** erbeten

Verlag „Kemberger Zeitung“

**Frisches Kindfleisch  
frische Flecke**

empfiehlt **Willy Käß**

**Frisches Hammel- und Schweinefleisch**

empfiehlt **Louis Richter**

**Feinste Matjes-Heringe**

Sauerkohl  
Neue saure Gurken

empfiehlt **S. G. Glaubig**

**Tischtücher**

Krepp-Papier und gemustert vom Stuhl

**Baypteller**

für Augen und Wunden geeignet  
empfiehlt **R. Arnold, Buchhandlg.**

**ff. neue Heringe**

empfiehlt **Ww. W. Becker**

**Motorräder**

bei **Auto-Heinze**

Beste Auswahl Großes Lager  
Verfügen Sie die Ausstellungen.  
**R. D. Heinze, Bittenberg**  
Fernruf 2040

**M.-T.-V.**

Alle aktiven Turner (bis zum 22. Lebensjahr) sowie alle Jünglinge und Turnerinnen haben morgen **Donnerstag, abend 8 Uhr**, in der Turn-halle zu erscheinen.

**Der Oberturnwart**

Erteilungshaber verkaufen die Erben der Tischlermeister Winter-schen Geheute:

**Hausgrundstück**

mit ertragreichem Obst- und Ge-müsegarten, 2 Kunitzengärten, Dor-nschlag und Gabe.  
Angebote an **P. Winter**, Eisen-bahn-Str. **Wurzen**, Köstlicher Weg, erbeten.

**Warnung**

Am 1. Juli wurde mir von der Arbeiterin Käthe Jostara ein **Geld-betrag** und ein **Damenab** (Dante Brosch.-Eibello) mit roter Verklebung, engl. Kenter, Glocke mit Landshaft, ganz niedrigem Sattel gefohlen. Vor Ankauf wird ge-warnt über ein etwaiger Käufer um Mitteilung gebeten.  
**Otto Große, Gemmla**

**M.-T.-V. Kemberg**

**Sonnabend, den 13. Juli, abends 9 Uhr**  
in Saale des Hotels Blauer Acht

**Kommers**

bestehend in **turnerischen Darbietungen, Gefangsvorträgen, Konzert** wozu wir Freunde und Gönner der Turnische freundlichst einladen.  
**Der Vorstand**  
**Eintritt: 80 Pfennig**



**9. Volkswohl-Lotterie**

für soziale und kulturelle Zwecke  
**Ziehung: 11.—17. September 1929**

Gewinne im Werte von 430000 M.  
2 Hauptgewinne Zwei: vollständig eingerichtete Landhäuser im Werte von je 50 000 M.  
2 Prämien Zwei Landhäuser im Werte von je 25 000 M.  
2 Hauptgewinne: Zwei Landhäuser im Werte von je 20 000 M.  
2 Hauptgewinne: Zwei Reisen um die Welt im Werte von je 10 000 M.  
4 Hauptgewinne im Werte von je 5 000 M.  
und 48080 andere Gewinne.  
**Auf Wunsch 90% in bar**

**Los 1 M., Doppellos 2 M.**

Zu haben bei **Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.**

**Vertreter**

Ich suche allerorts auch nebenberuflich, zum Vertrieb kompl. Radio-Anlagen auf Teil-zahlung bei hoher Verdienstmöglichkeit. Bewerber werden gebeten, Referenzen aufzugeben.  
**Radio-Großvertrieb Fritz Panier**  
**Leipzig C 1, Waffendorferstr. 13**

**Radfahrer-Verein Germania**

Donnerstag, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal **Monats-Versammlung** Kameraden, welche sich am 25jähr. Jubiläum des Radf.-Vereins Klubau beteiligen wollen, müssen unbedingt erscheinen.  
**Der Vorstand**

**Rüchkenfanten**

empfiehlt in reicher Auswahl **Richard Arnold**



**Herzlich willkommen**

und andere **Decorationsplakate**  
**Decorationsfähnchen**

empfiehlt zum **Turnfest** in großer Auswahl

**Richard Arnold, Buchhandlg.**

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — Wochentliche Beilagen: „Sannmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisspalte oder deren Raum 15 Pfg. Die Spaltenweise Reklamespalte 40 Pfg., Ausnahmgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiebergabe unentgeltlich geschiebener oder durch Fernpostübermittlung ausgebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mk. das Laubend, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 81

Donnerstag, den 11. Juli 1929

31. Jahrg.

## Steuern.

Die für den Monat Juli fälligen Grundvermögens-Grund- und Gebäudesteuern, Hauszins- und Stadtsteuern sowie die noch restlichen Schuldzinsen, Gewerbe- und Hundesteuern, Landwirtschafthausbesitzerbeiträge, Rentenbankrenten, Viehsteuerbeiträge und Brandsteuerbeiträge sind bis Dienstag, den 16. Juli bei unserer Kämmererei einzuzahlen.

Für alle nach dem 16. Juli eingehenden Beträge müssen 10 von Hundert Verzugszinsen erhoben werden.

Kemberg, den 9. Juli 1929.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Die kirchlichen Körperschaften haben am 25. Juni d. J.

Xrite color checker CLASSIC

Ein-  
Ein-  
rotte,  
t. In-  
  
at.  
  
lr die  
thren  
verbrei-  
sch die  
und  
t dem  
Unter-  
schafot  
orenent

Mädchen verwandt wird, für die in einem modernen Rechtsstaat eigentlich die Grundlage fest. Im besonderen hat man allerdings davon gehört, daß das Spionagewesen, das freilich heute zu einem Spigelwesen geworden ist, — da ist schon ein Unterschied — wieder einen ziemlich großen Umfang angenommen hat. Der Drlow-Prozess, der in diesen Tagen über die Bühne eines preussischen Gerichtes geht, hat allerdings mehr entzündet, als selbst Steptiker annehmen geneigt waren.

Stehen da zwei Russen unter der Auflage der Dokumentenfüllung, des Betrugs, zwei Zaristen, Drlow und Pawlowitsch. Beides russische Emigranten, die seit den Tagen des Unkrautes, des Zusammenbruchs des Zarenreiches ihre Heimat verlassen haben, und deren politisch logische Bedürfnisse nur in einer Richtung laufen, den Bolschewisten zu Liebe zu gehen. Aber dies Motiv ist nicht allein die Grundlage ihrer Betätigung. Man kennt diesen Typus, der nicht immer Emigrant zu sein braucht. Es gibt auch Emigranten des Berufs. Es ist kein Zufall, daß zu allen Zeiten das Spionagewesen zum größten Teil von geschickteren Offizieren bestritten wurde.

Existenzen, die nicht die Luft und vielleicht auch nicht die Kraft haben, sich in einem „bürgerlichen“ Beruf ein neues Leben aufzubauen. Kurzum, diese beiden angelegten Russen haben sich dem Spigeldienst, der Spionage und der Gegenspionage, und all ihren Begleiterscheinungen ergeben. Sie haben nicht nur echte sondern wie selbst, auch falsche Dokumente herangeführt. Im wesentlichen falsche. Denn die Nachfrage nach „Dokumenten“ ist groß. Soviel Dokumente existieren in der ganzen Welt nicht, wie durch Spionage beschafft werden sollen. In diesem Mitleid werden die Grenzen zwischen dem wirklichen Betrug leicht verwischt.

Das Unglück, oder wir sagen lieber das Glück, hat es gewollt, daß dieser Prozeß von den Anwälten zu

ihrer Entlastung auf ein spezifisch politisches Geleis geschoben worden ist, freilich in der Absicht, den Sowjets etwas anzuhängen. Ob der Beweis glücken wird für die Behauptung, daß antislavische die Zaristen, um sie unschädlich zu machen, in eine Falle gelockt und sich zu diesem Zweck ihrer Dienste bedient hätten, das ist noch fraglich, sogar unwahrscheinlich, in diesem Zusammenhang auch nebensächlich. Viel wichtiger steht für uns, steht für das Deutsche Reich heute fest, daß nämlich dieselben Spione von deutschen Behörden in Spigeldienste gestellt worden sind. Nicht gegen irgendein Ausland, wenigstens nicht nur, sondern, und das ist das ungeheuerliche, gegen deutsche Behörden, gegen Amtsstellen, gegen hohe Reichs- und Staatsfunktionäre. Der logenante Reichskommissar für öffentliche Sicherheit — und solch ein Ami verpflichtet doch! — und seine Beamten haben ihre Greifberechtigung dadurch nachzuweisen gesucht, daß sie mit Hilfe dieser russischen Emigranten — mit weissen Hülse übermocht haben! Den Staatssekretär der preussischen Regierung, Dr. Weizmann, den hat man sich für das Gesch der Steuerzahler unter die Lupe genommen. Ein Wunder nur, daß man nicht auch hier mit „Dokumenten“ an die Öffentlichkeit gekommen ist. Nur dieses namlose Reichskommissariat hat sich glücklich in seinen eigenen Netzen gefangen. Es hat sich, ohne es zu wollen, selbst beipflichtet, und diese „Dokumente“ waren so echt, daß der Reichsinnenminister Severing unter, täglich die Auflösung dieses Kommissariats verfügen konnte.

Frage sich, ob damit das unerträgliche Geschwür des Spigelwesens schon restlos beseitigt ist. Wohl kaum. Im Reichswahlministerium sollen ähnliche Dinge, die mit Wehrpolitik nichts mehr zu tun haben, existieren. Noch ist eine Publikation nicht widerlegt, wonach ein Marineoffizier a. D. eine lotische Spigelzentrale für besonders verdächtige Politiker eingerichtet habe, die sich z. B. Dr. Wirth aufs Korn genommen habe. Es wäre dringend zu wünschen, daß die verschiedenen Behörden das Schweigegebot ihrer Beamten zum mindesten in allen den Fällen aufheben, wo durch die Aussagen dieser Informierten restlos Licht in das Spigelwesen gebracht würde, das uns umgibt. Ein militärisch einwandfrei abgerichtetes Reich wie Deutschland hat es nicht nötig, große Spionagezentralen zu unterhalten. Und wo man auf solche Spionage verzichten kann, da kann auch das Spigelwesen nicht mehr gedeihen, und man läuft nicht Gefahr, eines Tages der Beispieles zu sein. Dazu noch von lands- und weisensfremden mehr als fragwürdigen Elementen.

## Auswürfe für die Regierungskonferenz.

Wie man sich den Verlauf der Tagung denkt.

— Berlin, 10. Juli.

Die Reichsregierung ist von der Anschauung ausgegangen, daß bereits am 15. Juli in Berlin mit den Arbeiten der von dem Young-Plan in seiner Anlage 5 vorgesehenen Ausschüsse begonnen werden soll. Es handelt sich hierbei um die Ausschüsse, die u. a. über die Verwaltung der internationalen Bank, über die Annullierung des Young-Planes an die deutschen Verhältnisse, insbesondere das Reichsbank und Reichslohn anlangt, Vorschläge auszuarbeiten sollen.

Eine gewisse Schwierigkeit

erregt sich durch die in der Anlage 5 des Young-Planes enthaltene Bemerkung der Sachverständigen, daß die Regierungen grundsätzlich zum Young-Plan Stellung genommen haben müssen, bevor die Ausschüsse eingeleitet werden könnten. Diese von französischer Seite unterrichtete

Bestimmung des Young-Planes

wurde von deutscher Seite dahin ausgelegt, daß es sich bei dem Young-Plan letzten Endes um keine politische Arbeit, sondern um die Empfehlungen privater Sachverständiger handele, die die Regierungen sehr wohl ändern könnten, daß aber auch eine

grundtätige Zustimmung der Regierungen

bereits erfolgt sei durch die Verhandlungen in den Parlamenten Deutschlands, Frankreichs, Englands usw. Diese Auffassung hat auch in Paris überzogen. Die Ausschüsse würden demnach in Berlin vom 15. Juli bis 15. August arbeiten und, wie man auf deutscher Seite hofft, ihre Aufgaben in dieser Zeit im wesentlichen erledigen können.

Den Verlauf der politischen Tagung

denkt man sich nun auf deutscher Seite etwa folgendermaßen: Am 5. August — gegen diesen Termin scheinen keinerlei Bedenken mehr vorhanden zu sein — würden die Vertreter der interessierten Mächte zusammenkommen.

Die Tagung würde in zwei Teile zerfallen;

der erste Teil soll der Festsetzung des Young-Planes gelten, der einen rein wirtschaftspolitischen Charakter hat. Zum ersten Teile der Verhandlungen der Tagung müßten alle diejenigen Mächte zugelassen werden, die an der Ausführung des Young-Planes interessiert seien, zum zweiten,

politischen Teil dagegen nur diejenigen Staaten, die ihrerseits an der Lösung der politischen Fragen ein Interesse hätten.

Die Sachverständigen, die die politischen Hauptvertreter begleiten müßten, würden in den zahlreichen Ausschüssen und Interaktionsgruppen nach den ihnen erteilten Weisungen arbeiten. Wenn sich die Vertreter in die Arbeiten teilen würden, so würde es nach deutscher Auffassung wohl möglich sein, noch vor der Genfer Völkerbundtagung am 2. September an die Unterzeichnung des Vertrages freizugehen zu können.

## Paris bleibt hartnäckig!

Der „Berühmungsanspruch“ soll bis 1935 ins Rheinland verbleiben!

— Paris, 9. Juli.

Wieder den Inhalt der neuen französischen Antwortnote an London verlaute noch, daß sie die Rheinlandräumung vor allem von der Mobilisierung der deutschen Schuld abhängig machen werde. In französischen Kreisen versichert man, daß, wenn die Engländer Wiesbaden räumen würden, die englischen Truppen durch französische ersetzt werden dürften. Mit besonderem Nachdruck werde in der französischen Antwortnote darauf hingewiesen werden, daß der einseitige Festsetzungs- und Berühmungsanspruch unter allen Umständen bis zum Jahre 1935 ins Rheinland zu verbleiben hätte. Die Behandlung der Saarfrage auf der kommenden politischen Konferenz werde mit der Begründung abgelehnt, daß diese Frage nur Deutschland und Frankreich angehe.

## Sehr nachahmenswertes Beispiel.

Ein thüringisches Special.

— Weimar, 10. Juli.

Das thüringische Staatsministerium erläßt nachfolgende Mitteilung, die auch außerhalb Thüringens Interesse finden dürfte und wert ist, nachgeahmt zu werden:

Mit Rücksicht auf die für die gesamte Staatsverwaltung unerlässliche Einschränkung der Ausgaben hat das thüringische Staatsministerium zur Einsparnis von Kosten beschlossen, die Vertretung des Staatsministeriums und der Ministerien bei Tagungen, Einwohnungen, Vereinfachungen, Kongressen, Ausstellungen und sonstigen Veranstaltungen durch Ministerialbeamte zu beschränken. Unter den Ministerien besteht Einverständnis darüber, daß eine Vertretung der Landesregierung oder eines Ministeriums nur für Tagungen um, die von allgemeiner Bedeutung sind (Tagungen von Landesverbänden, Spitzenverbänden usw.) in Frage kommen kann. Wenn daher künftig die thüringische Landesregierung bei Tagungen usw. weniger häufig als bisher durch einen ihrer Mitglieder oder einen Ministerialbeamten vertreten ist, so erklärt sich dies auch aus Sparmaßregeln, darf aber nicht etwa als ein Zeichen mangelnden Interesses oder gar als Unzufriedenheit gedeutet werden.

## Annahme des Konfordsats.

Gleichzeitiger Vertrag mit der evangelischen Kirche abgelehnt.

— Berlin, 10. Juli.

Der preussische Landtag nahm den Vertrag mit dem Seltigen Stuhl in namentlicher Schlussabstimmung mit 243 gegen 172 Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei, der Nationalsozialisten, Kommunisten und Teilen der Deutschen Fraktion an.

Artikel 1 wurde in namentlicher Abstimmung in dritter Lesung mit 324 gegen 92 Stimmen der DVP, der Kommunisten, Nationalsozialisten und weiterer Abgeordneten aus den einzelnen Parteien angenommen. Zu Artikel 2 des Gesetzes wurde ein konfessionsloser Antrag, der fordert, daß gleichzeitig mit dem vorliegenden Gesetz ein Vertrag mit den evangelischen Landeskirchen in Kraft treten soll, in namentlicher Abstimmung mit 265 gegen 127 Stimmen der Rechtsparteien abgelehnt. Gleichfalls Ablehnung fand ein Antrag der Wirtschaftspartei, wonach das vorliegende Gesetz zugleich mit dem Gesetz zu dem Vertrage mit den evangelischen Landeskirchen, und mit dem Vertrag vom 1. Januar 1930, in Kraft treten soll, in namentlicher Abstimmung mit 275 gegen 111 Stimmen der Rechtsparteien. Artikel 2 selbst wurde jedoch ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 172 Stimmen der Opposition angenommen.

Der Entschließungsantrag des Ausschusses, der unter züglichen Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen zwecks Abschluß von Verträgen verlangt, wurde mit 231 gegen 60 Stimmen bei 109 Enthaltungen angenommen.

Sein Schluß wurde der kommunisistische Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium aus Anlaß der Zerlegung des Konfordsatsvertrages mit 227 gegen 52 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Damit war die Konfordsatsvorlage erledigt.